

„Beim Klimaschutz steht enorm viel auf dem Spiel“

... sagt Energieexperte Volker Quaschnig – und hält es für ein weitaus geringeres Problem, wenn sich Parteien mit einer engagierten Klimapolitik beim Wähler unbeliebt machen.

Interview: Jörg-Rainer Zimmermann

SON

neue energie: Im Juli wurden gleich mehrere von Regierungsstellen beauftragte Studien zur CO₂-Bepreisung vorgelegt – denken Sie, dass es mit dem Thema jetzt tatsächlich vorangeht?

Quaschnig: Der Druck ist durch die Fridays-For-Future-Bewegung enorm gestiegen. Zudem müssen sich die Volksparteien angesichts der Ergebnisse der EU-Wahl etwas einfallen lassen. Die SPD hat versucht, sich jetzt zu profilieren und den Klimaschutz als Gewinnerthema zu verkaufen. Augenfällig ist aber, dass sich zuvor niemand in der Großen Koalition besonders für das Thema eingesetzt hat. Es ist ja auch nicht gerade einfach. Wenn man sich für einen in kurzer Zeit funktionierenden Zertifikatehandel mit stark steigenden Preisen stark macht, schreit früher oder später die Industrie auf. Und allein mit dem Wort CO₂-Steuer verprellt man sehr schnell die Wähler.

ne: Für die CO₂-Bepreisung wurden recht niedrige Anfangswerte vorgeschlagen. Nur so sei die Einführung den Menschen vermittelbar. Wie bewerten Sie das?

Quaschnig: Es gilt dabei zwei Bereiche zu betrachten, den Klimaschutz und die Generationengerechtigkeit, und in beiden Fällen sind die vorgeschlagenen Anfangswerte eine Katastrophe, weil damit nicht die nötige Lenkungswirkung für den Klimaschutz erreicht wird. Man benötigt dann eine Vielzahl von flankierenden ordnungsrechtlichen Maßnahmen, die letztlich auch unbequem wären. Es ist also vorstellbar, dass man eine CO₂-Steuer einführt, aber aus Angst vor Bürgerprotesten weitere Maßnahmen unterlässt. Das Umweltbundesamt geht davon aus, dass eine Tonne CO₂ aktuell 180 Euro an Umweltschäden verursacht. Wollen wir die Generationengerechtigkeit nicht aus dem Auge verlieren, müssten wir diese Summe in einem Fonds anlegen, damit nachfolgende Generationen überhaupt die Möglichkeit haben, die real entstandenen Schäden zu kompensieren. Bei durchschnittlichen Emissionen von zehn Tonnen CO₂ pro Jahr, haben Menschen meines Alters schon rund 100 000 Euro an Klimaschäden zu verantworten. Deutschland verursacht jedes Jahr Klimafolgeschäden in Höhe

von annähernd 160 Milliarden Euro. Die vorgelegten Konzepte sehen nun aber vor, dass Mehreinnahmen wieder an die Bürger zurückgegeben werden. Insofern lässt man kommende Generationen mit den heute bereits zu erwartenden Klimaschäden völlig allein.

ne: Denken Sie aber, dass ein Einstiegspreis von 180 Euro, der ja etwa von Fridays for Future gefordert wird, politisch machbar wäre?

Quaschnig: Aktuell wird sich keine Partei in Deutschland in einer Regierung halten können, die ohne eine anderweitige finanzielle Entlastung der Bürger einen Einstiegspreis von 180 Euro beschließen würde. Der Mensch ist derzeit noch immer mehrheitlich egal, wie es in den nächsten Jahrzehnten weitergeht. Das trifft dann aber eben unsere Kinder und Enkel. Vielleicht liegt das an mangelnder Information, aber sicher auch an fehlendem Interesse und an gut gelebter Verdrängung. Ich habe mir in letzter Zeit oft die Frage gestellt, wie es um die Liebe der Menschen zu ihren Kindern wirklich bestellt ist.

Volker Quaschnig

ist Professor für Regenerative Energiesysteme an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin und Autor mehrerer Fachbücher zum Thema erneuerbare Energien und Klimaschutz.

Quaschnig ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beraterkreises von **neue energie**.



ne: Ist es umgekehrt realistisch, dass ein niedriger Einstiegspreis mit Kompensation Erfolg haben könnte?

Quaschnig: Eine anfänglich niedrige CO₂-Steuer inklusive einer parallelen finanziellen Entlastung, etwa bei der Stromsteuer, würde ja viele Haushalte, bis auf wenige Ausnahmen, monatlich sehr gering belasten. Wenn die Menschen erkennen, dass eine solche Steuer gar nicht sonderlich weh tut, dann wäre die erste Hürde, die es bei einer neuen Steuer immer gibt, schnell überwunden. Ich hätte mir nur gewünscht, dass sie dann aber in den nächsten Jahren deutlich schneller steigt, als das die aktuellen Konzepte vorsehen. Schließlich machen es Schweden und die Schweiz ja vor, dass hohe CO₂-Preise in unseren Volkswirtschaften sehr gut funktionieren können.

ne: Einige der jüngsten Konzepte überlassen die Entscheidung, ob es am Ende eine Steuer oder eine Ausweitung des Emissionshandels wird, der Politik. Was ist aus Ihrer Sicht der Königsweg?

Quaschnig: Wir können es uns nicht leis-

ten, mehr Zeit zu verlieren. Dass auch die polnische Regierung einer ambitionierten gesamteuropäischen Anpassung des Zertifikatehandels zustimmt, wird bis zum Stankt Nimmerleinstag dauern. Das entspricht zwar vielleicht dem Wunschtraum der deutschen Industrie, die die europäische oder besser noch weltweite Lösung über Zertifikate favorisiert. Aber beim Klimaschutz ein weiteres Jahrzehnt zu verlieren, wird für die Menschheit existenziell bedrohlich.

ne: Sie plädieren demnach für die Steuer ...

Quaschnig: Ja, und dafür spricht neben der möglichen schnellen Einführung auch die Planbarkeit für die betroffenen Akteure und Verbraucher. Bei den Zertifikaten legt man die Mengen fest und vielleicht einen Zielkorridor für den Preis. Ich vermute aber stark, dass das in der EU niemals Werte erreichen wird, die sich am Pariser Klimaabkommen orientieren. In der Regel einigt man sich ja nur auf den kleinsten gemeinsamen Nen- ▶

ner. Eine Steuer ist sehr viel transparenter und mit einer stufenweisen Anhebung auch ein eindeutiges Signal mit einem wichtigen psychologischen Effekt. Wenn ich weiß, dass Benzin und Heizöl jedes Jahr teurer werden, überdenke ich früher oder später den Betrieb der Ölheizung oder des Benzinautos. Beim Zertifikatehandel ohne Mindestpreis wäre es zudem nicht ausgeschlossen, dass etwa bei schwächelnder Wirtschaft die Preise rapide abfallen. Das wäre ein Signal für die Verbraucher, vielleicht sogar wieder über den Kauf von fossil betriebenen Heizungen oder Fahrzeugen nachzudenken. Auch an dieser Stelle setzt eine kontinuierlich steigende Steuer ein klareres Signal für den Ausstieg aus fossilen Energieträgern.

ne: Wenn nun 180 Euro politisch nicht machbar sind, was wäre dann für Sie ein alternativer Einstiegspreis?

Quaschnig: Angenommen, die Braunkohle würde auch von einer künftigen CO₂-Steuer erfasst, dann würde ein Preis von 50 Euro je Tonne CO₂ eine Kilowattstunde Braunkohlestrom um fünf Cent teurer machen. Damit wäre sie deutlich teurer als Wind und Solar, womit schnell eine Lenkungswirkung einsetzen würde. Im Verkehrssektor käme es bei dem gleichen CO₂-Preis mit nur elf Cent pro Liter Benzin zu einer vergleichsweise geringen Erhöhung. Es ginge um Schwankungen, an die der Verbraucher beim Tanken ohnehin gewöhnt ist. Im Gebäudesektor sähe das schon wieder anders aus, denn Heizöl ist bislang nur wenig von Steuern betroffen. Im Grunde müsste man also den Preis sektorspezifisch ausgestalten, was aber nicht vorgesehen und vielleicht auch zu aufwendig ist. Wenn wir nun eine CO₂-Abgabe auf sämtliche Sektoren bekommen, dann wären 35 Euro je Tonne wohl in Ordnung, wenn es keine Rückvergütung gibt. Kommt es wie vorgesehen zu einer Entlastung an anderer Stelle, müsste man mit 50 Euro einsteigen, vielleicht auch höher. Beim Klimaschutz steht enorm viel auf dem Spiel. Das ist viel ernster als das Problem, dass sich eine Partei beim Wähler unbeliebt macht.

ne: Wenn Deutschland auch nach 2020 seine nationalen Klimaschutzziele verfehlt, wird es allerdings für die gesamte Bevöl-

kerung teuer, weil dann Verschmutzungsrechte zugekauft werden müssen. Spielt das für die Politik keine Rolle?

Quaschnig: Ängste vor einem Gelbwesten-Phänomen und auch dem Erstarken der AfD sind größer als die Sorge um die Wut des Steuerzahlers, die sich auch erst in einigen Jahren auswirken könnte. Es träfe ja erst die nächste Regierung. Nein, man schießt jetzt auf die anstehenden Landtagswahlen. Strafzahlungen aufgrund vertraglicher Verpflichtungen innerhalb der EU sind da noch Lichtjahre entfernt. Als Wissenschaftler muss man allerdings die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, denn es fehlt seit Jahren eine belastbare Klimaschutzstrategie.

ne: Was halten Sie davon, mit dem Verweis auf mögliche Wahlerfolge der AfD beim Klimaschutz vorerst die Hände in den Schoß zu legen?

Quaschnig: Ich halte das für ein Armutszeugnis, für die Kapitulation unseres demokratischen Systems gegenüber Populisten. Selbst wenn die AfD im Bund irgendwann mal auf 20 Prozent kommen sollte, weil wir eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik etabliert haben, muss man das halt aushalten. Ich glaube aber nicht, dass das passieren wird. Ich bin sogar überzeugt, dass aktuell der richtige Moment dafür wäre, parteiübergreifende Allianzen zu schmieden, um der AfD in wichtigen Sachfragen etwas entgegenzusetzen. Denn echte Antworten auf die großen Zukunftsfragen sind bei ihr nicht einmal ansatzweise zu finden.

ne: Wobei die AfD Argumente übernimmt, die schon seit langem etwa von Klimaskeptikern und Erneuerbaren-Kritikern vorgebracht werden ...

Quaschnig: Ein wirksamer Klimaschutz wird große Veränderung nach sich ziehen. Egal, ob in einer Landschaft Windparks errichtet werden oder der Einzelne dazu aufgerufen ist, liebgewonnene Gewohnheiten wie zum Beispiel den Fleischkonsum oder das Fliegen einzuschränken. In einer alternden Gesellschaft ist das ein wichtiges psychologisches Problem, Angehörige älterer Generationen stellen sich nun einmal grundsätzlich nicht so gerne um. Da ist es doch sehr viel bequemer, wenn einem Po-

pulisten versprechen, dass das ja eigentlich gar nicht nötig sei.

ne: Ist es sogar denkbar, dass so mancher Energiewende-Kritiker in den etablierten Parteien die Angst vor der AfD ganz gelegen kommt, weil mit ihr leicht zu begründen ist, dass man beim Klimaschutz das Tempo rausnimmt?

Quaschnig: Ja, natürlich. Hinter der AfD können sich viele Politiker gut verstecken. Ich bin sogar skeptisch, dass sich die Grünen im Fall eines großen Wahlsiegs sofort daran machen würden, die nötigen Maßnahmen konsequent einzuleiten. Bleiben wir beim Beispiel des Fliegens, das würde die Grünen-Wählerschaft stark treffen. Bei der Kohle wäre es die SPD, beim Auto die Union. In Union und FDP sind zudem einige der Industrie nahestehende Personen unterwegs, die ich als Wirtschaftsradikale bezeichnen würde. Diese Kreise werden in ihrer Argumentation etwa von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)* unterstützt, und tatsächlich gibt es zumindest in einigen Positionen zur Systemtransformation inhaltlich große Überschneidungen mit der AfD.

ne: Können Sie dafür ein Beispiel geben?

Quaschnig: Die AfD würde gerne das EEG ersatzlos abschaffen und die Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängern. Hier liegt die AfD auf einer Linie mit der vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall getragenen INSM und etlichen konservativen Wirtschaftspolitikern anderer Parteien. Die würden sich nur nicht trauen, die Abschaffung aller Klimaschutzmaßnahmen so konsequent zu fordern wie die AfD. Ein großes Problem sehen aber auch sie mit dem Klimawandel nicht zu haben, sonst würden sie nicht kontinuierlich strengere Klimaschutzmaßnahmen verhindern oder verschleppen. ◀

* Volker Quaschnig hat einen Faktencheck zur aktuellen INSM-Veröffentlichung „12 Fakten zur Klimapolitik - Fortschritt, Wachstum und Klimaschutz gehören zusammen“ durchgeführt, der als kostenfreier Download unter www.neueenergie.net verfügbar ist.